

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Donnerstag (Vormittag), 4. Juni 2020 / Jeudi matin, 4 juin 2020

Finanzdirektion / Direction des finances

**34 2020.RRGR.105 Finanzmotion 083-2020 Marti (Bern, SP)
Keine Senkung der Unternehmenssteuern in der aktuellen Situation!**

**34 2020.RRGR.105 Motion financière 083-2020 Marti (Bern, PS)
Pas de diminution de l'imposition des entreprises dans la situation actuelle !**

Präsident. Traktandum Nummer 34, eine Finanzmotion von Frau Marti: «Keine Senkung der Unternehmenssteuer in der aktuellen Situation!».

Der Vizepräsident, Hervé Gullotti, übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président, Hervé Gullotti, prend la direction des délibérations.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Il s'agit de la motion numéro 34, motion financière, nous sommes dans un débat libre. Le gouvernement et la CFin proposent l'adoption sous la forme d'un postulat. Je laisse tout d'abord la parole à la motionnaire. Ensuite, je donnerai la parole à Madame Imboden pour la majorité de la commission et à Monsieur Haas pour la minorité de la commission. Madame la Députée, vous avez la parole.

Ursula Marti, Bern (SP). Wir wissen, dass die Coronakrise hohe Kosten, schätzungsweise eine halbe Milliarde Franken, und zusätzlich Mindereinnahmen verursachen wird. Wir müssen leider mit erheblichen Defiziten rechnen. Wir diskutierten das ja gestern im Rahmen der Debatte zur Schuldenbremse ausführlich. Dem müssen wir irgendwie begegnen. Womöglich müssen wir eine Schadensminderung vornehmen. Der Verzicht auf die Unternehmenssteuersenkung im Jahr 2021 wäre eine solche Schadensminderung. Das allein reicht natürlich noch nicht, um die Rechnung ins Lot zu bringen. Aber es ist ein namhafter Beitrag dazu. Es sind ja 40 Mio. Franken, die per Steuersatzsenkung hätten reduziert werden sollen, und die können wir retten und erhalten. Wer jetzt argumentiert, dass man die Firmen jetzt gerade wegen der Krise mit Steuersenkungen unterstützen soll, dem möchte ich folgendes entgegnen: Die Krise betrifft die Unternehmen sehr unterschiedlich. Es gibt viele, die finanziell gut gestellt und von der Krise kaum betroffen sind: Swisscom, Post, Migros, Galenika und so weiter. Ich übernehme da gerne gleich die gestrige Auflistung von Adi Haas. Ich finde es richtig, dass eben diejenigen, die nicht so stark von der Krise betroffen sind und das Glück haben, dass sie weiterhin Gewinn machen können, für das Jahr 2021 wie bis anhin besteuert werden sollen. Der Verzicht auf die Steuersenkung ist in diesem Sinn ein solidarischer Akt und einfach auch angemessen in dieser Situation. Wir sind in der Krise auf die Steuern derjenigen angewiesen, denen es noch einigermaßen gut geht. Ganz wichtig ist, dass die Unternehmen, denen es schlecht geht und die Verlust anstatt Gewinn machen, nicht betroffen sind. Es geht ja um die Gewinnsteuer. Wer keinen Gewinn macht, bezahlt ja auch keine Gewinnsteuer. Dasselbe gilt für die Kapitalsteuer. Weshalb habe ich diese Finanzmotion eingereicht? Der VA für das nächste Jahr wird jetzt vorbereitet und gemacht. Also müssen wir der Regierung jetzt ein Zeichen geben, dass auf die Steuersenkung verzichtet werden soll. Es war der Grosse Rat, der die Steuersenkung verlangt hat, und so ist es jetzt wieder am Grossen Rat, der Regierung ein Zeichen zu geben, dass sie darauf verzichten soll. Als wir im März die Beschlüsse für die Steuersenkung fassten, konnte noch niemand wissen, dass wir mit einer solchen Krise und solchen wirtschaftlichen Einbussen konfrontiert sein werden. Es ist deshalb nicht nur legitim, sondern auch notwendig, dass wir auf diese Beschlüsse zurückkommen. Es ist der falsche Moment für eine Steuersenkung. Ich bitte Sie deshalb, die Finanzmotion zu unterstützen.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. La parole est à Madame la députée Imboden pour la majorité de la commission.

Natalie Imboden, Bern (Grüne), Kommissionssprecherin der FiKo-Mehrheit. Ich lege Ihnen gerne kurz die Mehrheitsmeinung der FiKo dar. Die vorliegende Finanzmotion, die nach Art. 64 des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG) den Zweck hat, Einfluss auf den VA zu nehmen, den wir im November hier respektive im Rathaus debattieren werden, will, dass man bei den Unternehmenssteuern die Steueranlage – die Steueranlage – für juristischen Personen im Jahr 2021 respektive im VA 2021 nicht senkt. Die FiKo-Mehrheit besteht aus 8 Personen, die Minderheit aus 7 Personen, und 1 Person war nicht abwesend. Die Mehrheit ist der Meinung, dass es richtig ist, der Regierung zu folgen. Die Regierung schlägt vor, den Vorstoss als Postulat – als Postulat – entgegenzunehmen, damit alle Optionen genauer geprüft werden können. Wir haben es von der Motionärin gehört, und ich glaube, es ist allen klar, dass wir eine neue Ausgangslage haben, seit wir die letzte finanzpolitische Diskussion zur Steueranlage hatten. Ich erinnere an das Steuergesetz (StG). Die Situation hat sich grundlegend geändert. Deshalb erachtet es die Mehrheit der FiKo als richtig, jetzt in Varianten und Optionen zu denken. Eine Prüfung des vorliegenden Vorschlags ermöglicht dies. Der Vollständigkeit halber: Es gab natürlich schon eine andere Finanzmotion, die genau diese Senkung verlangt hat. Es war die Finanzmotion 259-2019 der FiKo. Da ging es aber nicht nur um die Steueranlage der juristischen Personen, sondern auch der natürlichen Personen. Sie hiess: «Gesamtpaket [...] Senkung [...] Steueranlagen (für juristische und natürliche Personen)». Ja, ich glaube, die FiKo-Mehrheit ist klar der Meinung, dass sich die Zeiten geändert haben. Man muss auf gewisse Entscheidungen zurückkommen und, wie gesagt, Optionen prüfen. Die Mehrheit der FiKo bittet Sie, der Regierung zu folgen und den Vorstoss als Postulat im Sinn eines Prüfungsauftrags an die Regierung anzunehmen. Ich hoffe, dass Sie diesem Antrag folgen.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. La parole est à Monsieur le député Haas pour la minorité de la commission.

Adrian Haas, Bern (FDP), Kommissionssprecher der FiKo-Minderheit. Erlauben Sie mir kurz eine Bemerkung zur Schuldenbremse: Das Resultat gestern war deutlich. Deshalb haben wir auch nicht auf einer Wiederholung der Abstimmung beharrt, obwohl es einzelne FehlAbstimmungen gab. Aber im September haben wir ja noch einmal dieselbe Übung. Zur Finanzmotion: Ich spreche im Namen der knappen FiKo-Minderheit. Erstens: Wir wollen trotz Corona kein Hüst und Hott. Wie bereits Natalie Imboden sagte, reichten wir von der FiKo eine Finanzmotion (*FM 259-2019*) ein, die vom Rat überwiesen wurde und in der man verlangte, dass das Gesamtpaket umgesetzt wird, das die Regierung in Zusammenhang mit der StG-Revision 2021 versprochen hat. Zweiter Punkt: Der Kanton muss endlich die rote Laterne abgeben. Betreffend Besteuerung der juristischen Personen im Kanton Bern werden wir im Jahr 2021 mit Sicherheit den letzten Rang belegen. Das bedeutet Negativpropaganda für mögliche Ansiedlungen von Unternehmen und damit auch Steuerausfälle. Man muss die ganze Sache auch einmal etwas dynamisch sehen. Drittens gibt es auch ein Leben nach der Krise. Selbstverständlich wird die Coronakrise auch beim Kanton ihre Spuren hinterlassen. Wenn man aber die Konjunkturprognosen für 2021 anschaut, sieht es nicht dermassen schwarz aus, dass man jetzt quasi steuerpolitisch schon wieder zum Rückzug blasen müsste. Die Expertengruppe des Bundes rechnet immerhin mit einem gewissen Wachstum der Schweizer Wirtschaft im Jahr 2021. Viertens wollen wir kein negatives Zeichen für die Berner Wirtschaft setzen. Die Überweisung dieser Motion, auch als Postulat, wäre ein Negativzeichen für unsere Unternehmen in einer schwierigen Zeit. Ausserdem wäre es auch kaum verständlich, dass sich der Kanton im Bereich der Einnahmenseite Gedanken macht, also quasi isoliert einnahmenseitig Massnahmen prüft. Wenn die Haushaltssituation tatsächlich so angespannt wäre, wie sich das die Motionärin vorstellt, müsste sie zumindest im Rahmen des Budgetvollzugs 2020 ein Ausgabenmoratorium verlangen und später, mittelfristig, ein Sanierungspaket, das nicht einseitig die Unternehmen trifft und zusätzlich die Standortbedingungen verschlechtert. Ich bitte Sie im Namen der FiKo-Minderheit, diesen Vorstoss auch als Postulat abzulehnen.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. La parole est aux groupes. Le premier à s'exprimer : le groupe PEV par Madame la députée Barbara Streit-Stettler.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Wir haben gestern bekanntlich indirekt sehr viel Geld ausgegeben, das wir nicht budgetiert hatten. Aber nicht nur das: Wir haben von der FIN erst ungefähre Zahlen erhalten, was die Notverordnungen kosten werden. Wir befinden wir uns also im Blindflug.

Eigentlich ist das ein No-Go für ein Parlament. Normalerweise ist es eine unserer wichtigsten Aufgaben, die Finanzen im Griff zu haben und uns möglichst nahe am Budget zu bewegen. Aber eben: Die Coronakrise hat uns aus den normalen Zeiten herausgespickt, und wir agieren finanzpolitisch, wie wir das sonst nie tun würden. Wir werden trotzdem irgendeinmal, wohl relativ unsanft, in den normalen Zeiten landen, spätestens, wenn wir den Jahresbericht 2020 werden verabschieden müssen, vermutlich mit einem Fehlbetrag. «Gouverner, c'est prévoir.» Das ist ein Spruch, der hier drinnen immer zu allen passenden und unpassenden Gelegenheiten zitiert wird. Er wurde übrigens auch in dieser Session schon zitiert. Ich denke aber, dass es gerade heute, da wir uns wegen der Coronakrise finanzpolitisch im Blindflug befinden, umso wichtiger ist, die Zukunft nicht aus den Augen zu verlieren.

Die Hauptfrage, die wir uns stellen müssen, ist, welche Möglichkeiten einer Gegenfinanzierung der Corona-Ausgaben es gibt. Welche dieser Möglichkeiten sind für die Bevölkerung überhaupt tragbar, welche nicht? Die Motion von Ursula Marti bringt kurz und klar eine solche Möglichkeit auf den Tisch. Sie scheint der EVP gangbar und besser tragbar, weil es ausnahmsweise um die Einnahmen- und nicht die Ausgabenseite geht. Die Bürgerlichen versteifen sich jetzt natürlich auf das Argument, dass diese Steuersenkungen beziehungsweise diese Senkung der Steueranlage für die Unternehmenssteuern bereits beschlossen wurde. Man wolle kein Hüst und Hot, hat Adi Haas vorhin gesagt. Aber auch hier gilt: Wir leben nicht in normalen Zeiten, sondern in Coronazeiten. Wenn wir die Senkung der Steueranlage sistieren, können wir einen Teil der Corona-Ausgaben gegenfinanzieren. Nebst der Aussetzung der Schuldenbremse und der Sistierung beschlossener Steuersenkungen wird die Regierung in den nächsten Jahren nach weiteren Möglichkeiten suchen müssen, um schliesslich in ein paar Jahren eventuell wieder schwarze Zahlen schreiben zu können. Noch ein Hinweis an die Bürgerlichen: Im Moment geht es nicht darum, im innerschweizerischen Steuerwettbewerb mitzumischen. Es geht nicht um die rote Laterne oder dergleichen. Im Moment geht es darum, Konkurse abzuwenden und Arbeitsplätze im Kanton Bern zu erhalten. Es geht nicht darum, Ungleichheiten zu verschärfen, sondern auszugleichen. Die EVP wird deshalb der FiKo und dem Regierungsrat folgen und das Postulat annehmen.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Das Bild des Blindflugs des abtretenden Regierungspräsidenten wird uns wohl noch öfters begleiten. Ich habe das bei meinen Sprechnotizen auch zuoberst notiert. Heute weiss niemand, wo wir finanzpolitisch stehen. Wir haben sehr viele Unsicherheiten und wissen nicht, welche Auswirkungen sie haben werden. Wir haben seit drei Monaten eine neue Situation, und es ist unsere Pflicht und unsere Aufgabe, dass wir unseren eigenen Standpunkt und unsere Situation laufend überprüfen. Ich habe es in meinem Eingangsvotum zu den Notverordnungen gesagt: Die Stärke eines Politikers oder einer Politikerin ist, dass sie den Mut und die Kraft hat, die Situation neu zu überprüfen, auch wenn er oder sie unter Umständen am Schluss zu einem anderen Resultat kommt, als noch vor der Krise. Die BDP-Fraktion hat der FiKo-Motion zugestimmt. Das war noch zu alten Zeiten, vor Corona. Heute ist die BDP-Fraktion klar der Meinung, dass wir keinen endgültigen Entscheid fassen können und dürfen. Wir müssen alle Optionen offenlassen, wir müssen die Situation laufend neu beurteilen. Im Moment können wir nur mutmassen. Solange wir keine konkreten Zahlen haben, kein klares Budget, keinen VA und AFP haben, ist jeder Entscheid obsolet. Im August wird uns die Regierung den VA 2021 und den AFP 2022–2024 präsentieren. Im November werden wir das Budget 2021 und den AFP beraten, hoffentlich nicht hier, sondern im Rathaus. Dann werden wir konkrete Zahlen haben und schwarz auf weiss, oder vielleicht rot auf weiss, sehen, wo wir stehen. Dann können wir für oder gegen Steuersenkungen entscheiden. Ein Postulat würden wir unterstützen, und wir hoffen, dass die Motionärin ihren Vorstoss wandelt, wie sie in der FiKo angekündigt hat. Eine Motion würden wir ablehnen.

Hasim Sancar, Bern (Grüne). Vor drei Monaten diskutierten wir über diese Steuersenkungen, aus bekannten Gründen heute nicht im Rathausaal, sondern im Bea-Areal, was eben auch mit dem Inhalt dieser Motion zu tun hat. Ich sprach mich damals gegen diese Steuersenkung für Unternehmer, aber auch gegen Steuersenkungen für natürliche Personen aus und verlor leider. Wir respektieren diesen Entscheid. Dieses Vorhaben wäre fast sicher auch so umgesetzt worden, wie der Regierungsrat und die bürgerliche Mehrheit dies gewünscht hatten. Nun ist seit der letzten Session zwar vielleicht die gleiche Wassermenge die Aare hinuntergeflossen, aber gesellschaftlich und wirtschaftlich sind wir und die ganze Welt durcheinandergerüttelt worden. Viele Kreise behaupten, dass die Welt nach der Coronakrise nicht mehr dieselbe sein wird. Wir hoffen, dass trotz diesem Virus, der mit einem Gesamtgewicht von gerade mal einem Gramm die ganze Welt auf die Probe stellt,

bewährte Werte erhalten bleiben. Diese Krise hat uns auf verschiedenen Ebenen herausgefordert. Die Spuren sind tief, zum Beispiel in der Wirtschaft. Fachpersonen sprechen von einer breiten Wirtschaftskrise. Für die Staatskasse bedeutet sie weniger Steuereinnahmen und mehr Ausgaben. Bekanntlich verursachen Krisen mehr Ausgaben, gerade zum Beispiel im Sozial- und Gesundheitswesen. Wir müssen also einen Weg in einem Spannungsfeld zwischen Einnahmeneinbussen und Mehrausgaben suchen.

In einer solchen Situation können wir uns keine Steuersenkungen bei Unternehmen leisten, aber eigentlich auch nicht bei natürlichen Personen. Wir sind in einer unsicheren Situation und müssen entsprechend reagieren. Deshalb müssen wir vorläufig auf jegliche Steuersenkungen, sei es für die Unternehmungen oder für die natürlichen Personen, verzichten, und zwar für das ganze Folgejahr 2021. Nur dann ist es möglich, zu beobachten und das Ausmass und die Struktur der Wirtschaftskrise zu erkennen. Es wäre fatal und unverantwortlich, wenn wir jetzt Steuersenkungen bewilligen, die in einer Hochkonjunktur beschlossen wurden. Noch einmal: Wir befinden uns in einer ausserordentlichen Zeit, die ausserordentliche Vorkehrungen benötigt, wie eben eine Aufhebung der Steuersenkungen, mindestens für das kommende Jahr 2021. 500 Mio. Franken Defizit und Steuerreduktionen passen nicht zueinander. Die Fraktion Grüne bittet, die Motion oder das Postulat, welche oder welches die Steuersenkung für Unternehmen stoppen möchte, zu unterstützen und dem Regierungsrat und der FiKo-Mehrheit zu folgen.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Wir haben es von den Vorrednern gehört: Wir haben aufgrund der Coronakrise in der heutigen Zeit eine grosse Unsicherheit. Das verlangt von uns, dass wir agil sind, dass wir auf allfällige Entscheide zurückkommen, die wir getroffen haben und die sich als nicht mehr richtig und zeitgemäss erwiesen haben. Diese kurzfristige Sicht und Agilität müssen wir beibehalten. Es ist selbstverständlich richtig, dass man als Politiker falsche Entscheide oder Entscheide, die sich jetzt als falsch erweisen, überdenken kann. Nichts desto trotz gibt es auch eine langfristige Perspektive, und gerade in der Finanzpolitik ist es wichtig, dass man die langfristige Perspektive nicht aus den Augen verliert. Was die Steuern betrifft, ist die langfristige Perspektive die Steuerstrategie des Kantons Bern, und die glp steht hinter der Steuerstrategie des Kantons Bern. Wir sind überzeugt, dass wir den Standort Bern insgesamt stärken, wenn wir diesen Weg langfristig eingehen, und dass wir so auch aus Staatssicht mittel- bis langfristig besser dastehen. In diesem Sinn stehen wir hinter der Senkung der Unternehmenssteuern. Wir sind der Meinung, dass man, solange es vertretbar ist, die Steuerstrategie so durchziehen und die geplante Steuersenkung im Herbst so durchsetzen soll. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es geht jetzt darum, ein Zeichen zu setzen. Aus den vorgenannten Gründen würden wir den Vorstoss als Motion selbstverständlich ablehnen. Ich denke, wenn der Vorstoss in ein Postulat gewandelt würde, sind wir im Bereich Zeichen setzen, so wie wir gestern betreffend Covid-19-Verordnung ein Zeichen gesetzt haben. Wir werden ja erneut darüber diskutieren dürfen. Auch hier geht es darum, ein Zeichen zu setzen. Die Partei der Grünliberalen würde aus den genannten Gründen auch ein Postulat ablehnen. Wir sind aktuell nicht der Meinung, dass man von der Steuerstrategie abkehren sollte. Wir sind der Meinung, dass die Unternehmenssteuersenkung allen dient. Entsprechend würden wir auch dieses Postulat ablehnen.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Pour le groupe SP-JS-PSA, Madame la députée Stucki.

Béatrice Stucki, Bern (SP). Der Grosse Rat beschloss in der Frühlingssession mit der StG-Revision Steuersenkungen in einer Zeit, in der schon klar war, dass die Coronapandemie auch in der Schweiz nicht aufzuhalten sein wird. Der Lockdown wurde nur einen Tag nach unserer Session beschlossen. Dass der Beschluss des Grossen Rates grosse finanzielle Auswirkungen auf die Finanzen des Kantons haben wird, war dem Fraktionsvorstand klar. Wir begrüßten deshalb die Initiative von Ursula Marti für eine Finanzmotion sehr. Wir sind auch sehr froh, dass wir diese Finanzmotion bereits heute diskutieren können. Mit der schnellen Beantwortung der Finanzmotion zeigt der Regierungsrat, wie bewusst ihm die Lage ist, welche die Coronapandemie für den Kanton zur Folge haben wird. Niemand kann davor die Augen verschliessen. Der grösste Teil der Wirtschaft wird massive Umsatzeinbussen haben, und auch die öffentliche Hand mit weniger Steuereinnahmen. Nur wenige Wirtschaftszweige gehören zu den Gewinnern und können den Umsatz halten oder sogar steigern. So gerne wir der Wirtschaft gerade in dieser Lage diese Steuererleichterungen gönnen würden und obwohl wir wissen, dass sie das unterstützen würde, kann der Kanton nicht Geld

ausgeben, das er nicht hat, oder besser gesagt, nicht mehr. Mit den Corona-Sofortmassnahmen hat der Kanton wie auch der Bund bereits eine grosse Unterstützung für die Wirtschaft geleistet. Ein Verzicht auf Ausgaben, Kolleginnen und Kollegen, heisst auch ein Verzicht auf – in Anführungszeichen – Geschenke. Das kennen alle Armutsbetroffenen, und jetzt wird eben auch der Kanton Bern quasi zum Working Poor: Viel Arbeit, wenig Einnahmen. Wir können den Kanton nicht weiter runterfahren und noch mehr sparen. Sparen in der Verwaltung würde heissen, dass notwendige Aufträge an Externe vergeben würden, vergeben werden müssten, wenn das Personal nicht da ist. Ist es das, was Sie wollen, wenn Sie diese Motion nicht unterstützen? Der Stellenetat bleibt gleich, aber die Kosten sinken nicht. Das Gesundheitswesen und die Bildung sind beides Bereiche, in denen wir die Zitrone bereits bis auf die Schale ausgepresst haben. Klatschen für gute Leistungen, sie aber nicht richtig bezahlen wollen, ist heuchlerisch. Ebenso, Bildung als wichtiges Gut zu bezeichnen, aber bei Angeboten und Leistungen zu knausern. Deshalb bitten wir Sie dringend, zum Wohl des Kantons, zum Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger, diese Motion zu unterstützen. Verschiebe Sie die Steuersenkungen auf Zeiten, in denen wir es uns wieder leisten können.

Fritz Wyss, Wengi (SVP). Erlauben Sie mir eine kurze Replik auf das Votum von Grossrätin Stucki: Es ist der Bund, der den grossen Teil der Unterstützungen für die Berner Wirtschaft trägt, und nicht der Kanton Bern. Der Kanton Bern zahlt die Gelder einfach im Namen des Bundes aus respektive leitet sie weiter. Aber der Bund hat diese Unterstützungen gesprochen und bezahlt sie dementsprechend auch. Ich komme zur Motion: Es braucht diese Motion oder dieses Postulat gar nicht. Wir werden im Herbst sehen, wo wir stehen. Im Moment ist es Mode, auf Vorrat zu Jammern. Aus der einen oder anderen Grossrätin, dem einen oder anderen Grossrat, hätte es also gemäss landesweiter Meinung eine tipptoppe Bäuerin oder einen tipptoppen Bauern gegeben. (*Heiterkeit. / Hilarité.*) Nein, Spass beiseite. Es ist höchste Zeit, endlich wieder positive Signale vonseiten des Grossrats auszusenden, aber vor allem auch vonseiten der Regierung. Der Kanton hat einen 11-Milliarden-Haushalt. Wir von der SVP-Fraktion unterstützen einstimmig die Sicht und die Argumente der FiKo-Minderheit, die durch Grossrat Haas sehr gut vorgestellt wurden. Nein zu Motion und Postulat, als Zeichen an unsere Berner Unternehmer. Auf die SVP können Sie zählen, jetzt erst recht. Merci für die Ablehnung von Postulat und Motion.

Johann Ulrich Grädel, Schwarzenbach BE/Huttwil (EDU). Wir von der EDU sagen: Steuersenkung, wenn nicht jetzt, wann dann? Für mich ist klar, dass die Linken nie wollen. Sie wollen dort nehmen, wo es hat. Aber wenn die, welche haben, in einen anderen Kanton wechseln, haben wir gar nichts mehr. Deshalb ist es für mich so: Wir haben das beschlossen und bleiben dabei. Deshalb lehnt die EDU die Motion ab, auch als Postulat.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. La parole est maintenant laissée aux interventions à titre individuel. Je cède le micro à Monsieur le député Peter Gerber.

Peter Gerber, Schüpfen (BDP). Diese Motion geht jetzt wirklich in die falsche Richtung. Es ist das falsche Zeichen für unsere Firmen. Aber wir müssen auch ehrlich sein: Wir brauchen jetzt zuerst Fakten. Die Auswirkungen der Corona-Einschränkungen sind noch nicht auf dem Tisch. Vielleicht brauchen unsere KMU zusätzliche Massnahmen. Die BDP lehnt daher die Motion einstimmig ab. Einem Postulat stimmen wir grossmehrheitlich zu.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Es ist eher unüblich, dass ich als Einzelsprecher der EDU nach vorne komme. Aber ich mache es, weil ich ein direktbetroffener Unternehmer bin. Es gibt hier im Saal sehr wenige, die direkt betroffen sind. Die meisten reden von Organisationen oder dergleichen, bei denen sie zwar vielleicht im Vorstand oder Verwaltungsrat sind, aber ich bin Direktbetroffener. Lockdown, plötzlich keine Bareinnahmen mehr, kein Eingang auf dem Postcheckkonto, kein Eingang auf dem Bankkonto. 30 Angestellte, Lohnverpflichtungen für März und April von über 100'000 Franken. Sofort Covid-19-Darlehen und Kurzarbeitsentschädigung beantragt. Ich habe Ihnen gestern schon gesagt, dass ich sehr lange wartete, bis das Geld floss. Sie haben sehr viel von Signalen und von Zeichen gesprochen. Genau das ist es. Ob wir ein Postulat überweisen, ist Hans was Heiri. Die Regierung hat eh den Auftrag, uns im Herbst Zahlen zu präsentieren und aufzuzeigen, ob das drin liegt. Liegt diese Steuersenkung überhaupt noch drin? Aber was wir hier machen, ist genau, Signale und Zeichen zu setzen. Die Kollegin Marti und fast alle Sprecher haben es auch gesagt: Signale und Zeichen. Könnte es nicht auch ein Signal an uns Unternehmer sein?

«Jetzt sind Sie in den Fängen oder im Auffangnetz des Staates. Hey, lösen Sie sich von dieser Unterstützung! Versuchen Sie, Ihre Covid-19-Darlehen zurückzuzahlen. Versuchen Sie wieder, Geld zu verdienen. Gehen Sie ein unternehmerisches Risiko ein. Aber wenn Sie mit dem unternehmerischen Risiko Erfolg haben, stellen wir Ihnen in Aussicht, dass Sie im Kanton Bern nicht gleich die höchsten Steuern des ganzen Landes bezahlen müssen.» Das könnte auch ein sehr positives Zeichen sein. Ich spreche von meinem Unternehmen, das in den letzten 30 Jahren immer Steuern bezahlt hat und in den nächsten zwei Jahren ganz sicher nichts bezahlen wird.

Patrick Freudiger, Langenthal (SVP). Ich muss sagen, dass mich diese Debatte ein wenig stört. Es war jetzt geschätzte hundert oder tausend Mal von der Coronakrise die Rede. Ich habe den Eindruck, jeder lese aus der Krise genau das, was ins Parteibüchlein passe. Es ist in weiten Teilen zusammenhanglos und nicht konsequent. Ich glaube, es war gestern, dass wir Kollege Urs Graf hörten, der hier die Lehren der Wirtschaftler vortrug und keynesianische Wirtschaftspolitik predigte. Aber Keynes hat eben auch gesagt, in Krisen solle man Steuern senken. Heute kommt genau von der linken Seite die Warnung: «Jetzt haben wir die Krise, jetzt dürfen wir erst recht nicht Steuern senken.» Also, der Zusammenhang fehlt. Es ist auch nicht besonders glaubwürdig, wenn man hier von vielen linken Rednern hört: «Jetzt in der Coronakrise müssen wir nicht Steuersenkungen machen.» Denn genau die Gleichen haben auch in Hochkonjunktoren gesagt, man dürfe nicht Steuersenkungen machen. Nach Ansicht der SP und GL dürfte man wahrscheinlich gar nie Steuersenkungen machen, und die Coronakrise ist jetzt einfach der passende Vorwand. Das ist aus meiner Sicht nicht ganz ehrlich. Ich will hier nicht zu sehr Keynes predigen, aber die ökonomischen Lehren sagen eigentlich eher, wenn man eine Krise habe, müsse man erst recht Steuern senken, um ein positives Klima zu schaffen. Ich habe auch Probleme damit, dass wir beginnen, in eine völlige Beliebigkeit zu verfallen. Gestern hat man schon die Schuldenbremse ausser Kraft gesetzt, indem man sie zu formellem Verfassungsrecht degradiert hat. Mich würde ja interessieren, was man sagen würde, wenn man den möglichen Klimaartikel auch zu formellem Verfassungsrecht degradieren würde und er dann vielleicht etwas weniger Einfluss hätte. Da wären wohl auch nicht alle einverstanden. Mich stört auch, dass wir im Juni über eine Motion sprechen, die im März als dringlich eingereicht wurde, aber nicht am ersten Sessionstag. Das ist eine Motion, die wir heute eigentlich noch gar nicht beraten sollten. Trotzdem liegt die Antwort schon vor. Also, auch hier haben wir mit dem Vorwand Corona irgendeine Sonderbehandlung, die mir einfach nicht einleuchtet. Also bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, halten wir uns doch an gewisse Regeln und an Beschlüsse, die wir selbst gefasst haben, Krise hin oder her.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. La motionnaire souhaite s'exprimer avant Madame la conseillère d'Etat. Donc, la parole est à Madame la députée Marti.

Ursula Marti, Bern (SP). Ich möchte zuerst der Regierung und der FiKo-Mehrheit danken, die sich für eine Annahme dieser Motion als Postulat ausgesprochen haben. Die Unterstützung aus dem Rat war recht breit, aber ich weiss nicht, ob es reichen wird. Auf jeden Fall möchte ich für die doch recht breite Unterstützung aus dem Rat herzlich danken. Ich möchte betonen, dass ich den Beschluss der Ratsmehrheit vom März wirklich respektiere, auch wenn es nicht meiner war. Die jetzige Motion, das Überdenken dieses Beschlusses, ist der Krise geschuldet. Das ist ganz klar. Die Forderung der Motion lautet ja auch nur, die Steuersenkung für ein Jahr, das nächste, sein zu lassen. Was nachher sein wird, wissen wir noch nicht und müssen es zu gegebener Zeit entscheiden. Meine Forderung ist für das nächste Jahr, bei dem wir überblicken können, dass es ganz schwierig wird. Ich möchte auch noch etwas zum Steuerwettbewerb sagen, der angesprochen wurde. Auch andere Kantone ... Es stimmt, wir sind wirklich schlecht dran. Das wissen wir. Wir wissen aber auch, warum es so ist. Die Steuerrangliste ist auch nicht das Wichtigste, auf das es ankommt. Es gibt ganz andere Faktoren, in denen der Kanton Bern stark ist und die viel mehr zählen. Man sollte nicht immer auf diesen Steuerwettbewerb gehen. Von der Krise ist jeder Kanton betroffen. Die anderen Kantone sind vielleicht sogar noch stärker betroffen und werden vielleicht steuermässig gewisse Dinge auch überdenken müssen, sodass wir gar nicht mehr so schlecht dastehen, zumal wir unseren Kanton schon allein mit den anderen getroffenen Entscheiden für Steuersenkungen im StG national wieder viel besser positionieren.

Wenn wir das alles mit einrechnen, werden wir nicht die Schlusslaterne sein. Ich möchte auch noch einmal betonen – das finde ich wirklich ganz wichtig –, dass von der Steuersenkung, die jetzt im Raume steht, ja nur die Unternehmen profitieren, denen es gut geht. Für diejenigen, die mit der Kri-

se kämpfen und denen es nicht so gut geht, spielt es keine Rolle. Wenn sie keinen Gewinn machen und kein Kapital haben, müssen sie ja keine Steuern bezahlen. Weiter finden wir es wichtig, dass wir heute ein Zeichen setzen. Weshalb? Die Verwaltung arbeitet jetzt. Wenn wir erst im Herbst darüber entscheiden, weiss die Verwaltung gar nicht, wie sie das Budget, den VA für das nächste Jahr vorbereiten soll. Deshalb finde ich es wichtig, heute ein Zeichen zu setzen. Zum Schluss: Es ist nicht an mir, zu traktandieren. Die Finanzmotion wurde wohl einfach deshalb jetzt traktandiert, weil es eine Finanzmotion ist. *(Der Vizepräsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le vice-président demande à l'oratrice de conclure.)* Diese werden wohl einfach schneller behandelt. Aber es ist ja nicht an mir. Ich komme zum Schluss: Ich möchte noch sagen, dass ich die Motion in ein Postulat wandle, und ich hoffe, dass es dann für eine Mehrheit reicht.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. La motion a donc été transformée en postulat. Je laisse encore la parole à Madame la conseillère d'Etat.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Wie wir in der Vorstossantwort ausgeführt haben, ist es im Moment noch nicht möglich, alle finanziellen Auswirkungen in Zusammenhang mit der Coronavirus-Krise festzulegen. Der Regierungsrat ist daran, den VA und den AFP zu erarbeiten. Ich möchte noch einmal betonen, dass es nicht die Verwaltung ist, die das erarbeitet, liebe Grossrätin Marti, sondern es ist der Regierungsrat, der es zusammen mit der Verwaltung erarbeitet. Somit ist es heute schlicht und ergreifend zu früh, definitive Entscheide in Bezug auf die steuerpolitischen Möglichkeiten des Kantons zu fällen. Sie werden anlässlich der Budgetdebatte im November genügend Zeit haben zu diskutieren, ob sich der Kanton überhaupt Schulden – ich meine Steuersenkungen – leisten kann. Wenn man sich die Zahlen vor Augen führt, die ich letzte Woche präsentiert habe, wird das wahrscheinlich schwierig. Aber die Diskussion werden wir im November führen. Dann liegen auch die definitiven Budgetzahlen für das nächste Jahr vor, und der AFP ist dann auch klar. Ich denke, die Diskussion muss eben genau auf diesen faktenbasierten Zahlen und Begebenheiten funktionieren. Sonst ist man wirklich, wie man hier schon ein paar Mal gehört hat, in einem Blindflug. Also soll man das im November machen. Deshalb beantragt der Regierungsrat auch, dass man die Motion als Postulat überweist. Denn die Motionärin hat ja gewandelt und wir haben keine Differenz mehr. Das ist wie ein klares Zeichen, dass wir die definitiven Diskussionen im November führen werden. Ich danke Ihnen, wenn Sie die Regierung unterstützen.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. La parole n'étant plus demandée, nous allons passer au vote. Les député-e-s qui acceptent le postulat « Pas de diminution de l'imposition des entreprises dans la situation actuelle ! » votent oui, et celles et ceux qui le rejettent votent non.

Abstimmung (2020.RRGR.105; als Postulat)

Vote (2020.RRGR.105 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 73

Nein / Non 82

Enthalten / Abstentions 0

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Le postulat a été rejeté par 82 non et 73 oui.